

Brief aus Berlin

Ihres Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis Stuttgart-Süd

Dr. Stefan Kaufmann

19/2010

19.12.2010



Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Sitzungswoche dieses Jahres stand ganz im Zeichen der Euro-Krise. Zeit, sich wieder einmal auf die Idee Europas als Friedensgemeinschaft zu besinnen. Bei aller Komplexität europäischer Entscheidungsprozesse im täglichen Klein klein sollten wir diese nicht vergessen. Ansonsten bietet das nahende Jahresende Gelegenheit für einen kurzen Rückblick. Nach einem eher behäbigen ersten Halbjahr der Koalition, konnten wir im zweiten halben Jahr deutlich Fahrt aufnehmen und einige zentrale Gesetzesvorhaben auf den Weg bringen. Die Umfragergebnisse steigen und auch die Stimmung in der Koalition ist gut wie lange nicht. Persönlich war ich mit vielen Plenumsreden und Berichterstattungen insbesondere zu den Grossthemen Stuttgart 21 und ITER/Kernfusion, zahlreichen Terminen im Wahlkreis, 11 Bürgersprechstunden, 19 Briefen aus Berlin und der Bearbeitung etlicher Bürgeranliegen mehr als ausgelastet. Ich hoffe, die Erwartungen meiner Wählerinnen und Wähler mit diesem Einsatz auch im nächsten Jahr erfüllen zu können. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen erholsame Feiertage und freue mich auf viele Begegnungen im neuen Jahr!

Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494

Fax: 030/227-76228

www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:

stefan.kaufmann@bundestag.de

Delegationsreise nach Brüssel



Unsere Reisegruppe zusammen mit der Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft - Máire Geoghegan-Quinn (die Dame in der Mitte links von mir).

Berlin/Brüssel - Am 7. und 8. Dezember habe ich eine Delegationsreise von sieben Abgeordneten aller Parteien des Bildungsausschusses nach Brüssel geleitet. Wir informierten uns hauptsächlich

über das laufende 7. und das in Vorbereitung befindliche 8. Forschungsrahmenprogramm (FRP). Mit diesen zeitlich befristeten Rahmenprogrammen bündelt die EU ihre Programme zur Förderung der For-

schung und technologischen Entwicklung. Ziel ist die Entwicklung einer gemeinsamen Forschungspolitik der EU, die Europa zu einem gleichwertigen Partner gegenüber Mitbewerbern, z. B. aus dem nordamerikanischen oder asiatischen Raum macht. Das 7. Forschungsrahmenprogramm hat einen Umfang von immerhin 50,5 Mrd. Euro. Eine fraktionsübergreifende Erkenntnis war, dass die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Abgeordneten aus Bundestag und Europäischem Parlament noch enger werden muss. Nur so können wir deutschen Interessen im Rahmen der gemeinsamen Politik wirkungsvoll zur Geltung verhelfen.

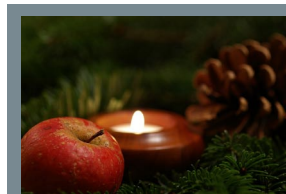
Besuch des Forschungsreaktors Wendelstein 7-X



Der Forschungsreaktor Wendelstein 7-X Berlin/Greifswald - Am Montag der letzten Sitzungswoche

in diesem Jahr habe ich eine Exkursion nach Greifswald an das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik unternommen. Begleitet wurde ich vom wissenschaftlichen Direktor Professor Günther Hasinger, der 2005 mit dem Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgezeichnet wurde. In Greifswald wird mit einer beeindruckenden Ingenieurleistung der Forschungsreaktor Wendelstein 7-X gebaut.

Ab 2015 soll dort - vergleichbar mit dem Prinzip der Sonne - Kernfusionsenergie entstehen. Die Gesamtkosten für das Projekt inklusive Personal betragen ca. 800 Mio. Euro. Das Projekt steht in enger Verbindung mit dem geplanten internationalen Versuchs-Fusionsreaktor ITER im französischen Cadarache, für das ich als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Forschungsausschuss zuständig bin.



Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes und friedvolles Neues Jahr!

„Europa gelingt nur gemeinsam“

Berlin - Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Europäische Union eindringlich aufgefordert, sich als Verantwortungsgemeinschaft zu verstehen. „Europa gelingt nur gemeinsam“, betonte Merkel in ihrer Regierungserklärung am Mittwoch. Die Regierungserklärung gab sie im Hinblick auf den EU-Gipfel ab, der am Donnerstag und

Freitag in Brüssel stattfand. Dort hatten sich die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Länder auf langfristige Konsequenzen aus der Finanzkrise geeinigt. Die EU-Staaten streben dafür eine begrenzte Änderung des Reformvertrages von Lissabon an. Ein dauerhafter Krisenmechanismus für die Euro-Zone soll ab 2013 den sogenann-

ten Euro-Rettungsschirm ablösen. Die Vertragsänderung soll in den Mitgliedsstaaten spätestens bis Ende 2012 abgeschlossen werden, erläuterte die Bundeskanzlerin. Die Europäische Union habe die Euro-Krise bislang gut gemeistert, stellte die Kanzlerin fest. Alle Akteure in Europa hätten mutig, abgestimmt und entschlossen ge-

handelt. „Der Euro hat sich als krisenfest bewährt“, sagte die Kanzlerin. Deutschland profitiere ganz besonders von der Gemeinschaftswährung. Eine Inanspruchnahme des ständigen Rettungsfonds werde an „strikte Auflagen“ geknüpft, sagte Merkel weiter. Hilfen sollen nur nach einem einstimmigen Beschluss gewährt werden.

Koalition beschließt Steuervereinfachungen

Berlin - CDU/CSU und FDP haben Maßnahmen zur Steuervereinfachung beschlossen. Mit dem geplanten „Steuervereinfachungsgesetz 2011“ und den darin enthaltenen rund 40 Maßnahmen wird das Steuerdickicht ein Stück weit gelichtet. So wird vor allem die Steuererklärung für Arbeitnehmer und für Familien mit Kindern sichtbar erleichtert und gleichzeitig eine direkte Steuerersparnis in Höhe von knapp 600 Millionen Euro bewirkt. Mit der Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages von derzeit 920 Euro auf 1.000

Euro wird für rund 22 Millionen Arbeitnehmer das Erfordernis, Belege vorzulegen, deutlich reduziert und gleichzeitig eine Entlastung von über 300 Millionen Euro erreicht. Auch die Unternehmen werden durch Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Steuerrechts indirekt in einem Umfang von circa 4 Mrd. Euro entlastet. Damit löst die christlich-liberale Koalition ein weiteres Wahlversprechen für diese Legislaturperiode ein. Steuererklärungen können zukünftig einfacher und schneller erledigt werden.

Kabinettsbeschluss zur Bundeswehrreform

Berlin - Das Bundeskabinett hat in der letzten Woche die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 beschlossen. Bereits ab 1. März 2011 sollen junge Männer nicht mehr zum Wehrdienst einberufen werden. Der Gesamtumfang der Bundeswehr beträgt künftig bis zu 185.000 Soldaten. Insbesondere die 170.000 Zeit- und Berufssoldaten ermöglichen der Bundeswehr die Beibehaltung eines breiten Fähigkeitspektrums. Die Botschaft, die von dieser Entscheidung ausgeht, ist klar: Deutschland bleibt ein

verlässlicher Bündnispartner mit starken Streitkräften. Die Bundeswehr hat nun die notwendige Planungssicherheit, um die Reform anzupacken. Verteidigungsminister zu Guttenberg verdient höchsten Respekt. Es ist seinem Engagement und seiner Entscheidungskraft zu verdanken, dass die grundlegendste Reform in der Geschichte der Bundeswehr gelingen kann. Die nächsten Herausforderungen werden nun die weitere Standortplanung sowie ein Konzept für einen allgemeinen Freiwilligendienst sein.

Teilnahme an Talkrunde des Schülerfernsehers Blitz! TV zu Stuttgart 21



Die Diskussionsrunde von Blitz! TV zum Thema „Stuttgart 21 Plus“

Stuttgart - Am 3. Adventssonntag nahm ich zusammen mit Brigitte Dahlbender vom BUND Baden-Württemberg, Werner Wölfle MdL von den Grünen und FDP-Stadtrat Michael Conz an einer Diskussion zum Thema „Stuttgart 21 Plus“ bei der Schülerproduktionsfirma Blitz! TV der Michael-

Bauer-Schule, einer Waldorfschule in Stuttgart-Vaihingen, teil. Wölfle und Dahlbender ließen in ihren Ausführungen leider offen, warum sie nach der Schlichtung weiter zu Protesten für das Alternativkonzept K21 aufrufen. Herr Wölfle hatte immerhin Heiner Geißler als Schlichter mit vorge-

schlagen und beide hatten an der Schlichtung teilgenommen; den Schlichterspruch akzeptieren wollen beide aber partout nicht. Die Sendung ist ab Mittwoch online abrufbar unter <http://www.blitz-tv.de>. Vielen Dank an die Schülerinnen und Schüler für ihr tolles Engagement!

Erstes Gespräch der Dialogrunde „Kultur in Stuttgart“

Stuttgart - Vergangene Woche fand die erste Sitzung der von mir initiierten Dialogrunde „Kultur in Stuttgart“ statt. Wichtige Vertreter Stuttgarter Institutionen aus den Bereichen Musik, Tanz, Theater und Bildender Kunst nahmen am Treffen teil. Für Fragen rund

um die Landespolitik stand Andrea Krueger MdL Rede und Antwort. Ziel der Runde ist es, die Rahmenbedingungen für Stuttgarter Kulturschaffende zu verbessern und damit den Kulturstandort Stuttgart zu stärken. Die Sitzung war sehr interessant, auch wenn zu-

nächst mehr Fragen aufgeworfen wurden als Antworten gegeben werden konnten. Ich freue mich, dass die Teilnehmer die Reihe gerne fortsetzen möchten. Sie soll ab sofort in regelmäßigen Abständen Vertreter aus Politik und Kultur zusammenbringen.

Büroöffnung
über den Jahreswechsel
Meine Büros in Stuttgart und Berlin sind vom 22. Dezember bis 03. Januar (jeweils einschließlich) nicht besetzt. E-Mails an stefan.kaufmann@bundestag.de werden aber regelmäßig abgerufen.